

Resolution der GÖD-Bundeskonzferenz vom 26. September 2022

Gehaltserhöhung

Die Corona-Pandemie beschäftigt uns nach wie vor. Alle Berufsgruppen im Öffentlichen Dienst haben wesentlich dazu beigetragen, dass die negativen Auswirkungen begrenzt werden konnten und mittlerweile eine positive Zukunftsperspektive gegeben ist. Zusätzlich zu diesen enormen Herausforderungen, die bewältigt werden mussten und müssen, tobt seit 24. Februar 2022 ein brutaler Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Auch das fordert unsere KollegInnen enorm – sei es bei der Integration, Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten oder bei der Umsetzung von Unterstützungsmaßnahmen, die durch diese sicherheitspolitische Krise in Europa notwendig geworden sind. Der Krisenmodus darf nicht zur Normalität werden.

Der enorme Preisanstieg – sowohl im Energiebereich, als auch bei Gütern des täglichen Bedarfs – belastet mittlerweile alle KollegInnen. Wir haben die höchste Inflationsrate des letzten halben Jahrhunderts. Entsprechend hoch ist die berechtigte Erwartungshaltung in Hinblick auf das Gehaltsabkommen für 2023.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert eine nachhaltige Erhöhung der Gehälter, Monatsentgelte und Zulagen, damit eine dauerhafte Sicherung und Steigerung der Kaufkraft für alle Bediensteten erreicht wird.

Personalnot

Die seit Langem prognostizierte Pensionierungswelle im Öffentlichen Dienst ist mittlerweile Realität. Der deutliche Anstieg der zu bewältigenden Aufgaben und die Personalnot in allen Bereichen führen dazu, dass die Belastungen unserer KollegInnen immer größer werden. Nur durch das immense Engagement aller KollegInnen konnte bzw. kann die hohe Leistungsqualität im gesamten Öffentlichen Dienst aufrechterhalten werden.

Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit, gleiche und faire Bedingungen für alle am Wirtschaftsleben Teilnehmenden, ein sehr gutes Bildungssystem, ein bestens funktionierendes Gesundheitssystem, gut ausgebaute soziale Sicherungssysteme und ein sozialer Ausgleich, sodass alle vom Wachstum profitieren, sind keine Selbstverständlichkeit. Eine hervorragend funktionierende öffentliche Verwaltung führt zu Gerechtigkeit und sozialem Frieden.

Um diese Errungenschaften aufrechtzuerhalten, braucht es die Bereitschaft der Politik, in diese Bereiche zu investieren. **Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert umgehend Maßnahmen, um den Öffentlichen Dienst für qualifizierte Jobsuchende attraktiver zu machen und MitarbeiterInnen im Öffentlichen Dienst zu halten.**